

## TERRITORIALE UNGLEICHHEITEN IN DER ERWEITERTEN EU\*

Martin Heidenreich

*Zusammenfassung:* In einem Mehrebenensystem wie der Europäischen Union werden soziale Konflikte immer auch in territorialen Kategorien ausgetragen. Die erheblichen regionalen Ungleichheiten zwischen Ost- und Westeuropa können daher zu einer gravierenden Beeinträchtigung der politischen Vertiefungsbestrebungen, zu erheblichen zusätzlichen Transferzahlungen oder sogar zu einer Gefährdung weiterer Erweiterungsprojekte führen. Dieses Trilemma von Erweiterung, politischer Vertiefung und Budgetneutralität könnte entschärft werden, wenn eine Polarisierung zwischen ost- und westeuropäischen Interessen entweder durch eine rasche Angleichung an das westliche Wohlstandsniveau (*Konvergenz*) oder durch eine rasche *Differenzierung* der individuellen, interregionalen und zwischenstaatlichen Lebens- und Einkommensverhältnisse in Mittel- und Osteuropa unterbunden wird. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre und die periphere osteuropäische Wirtschaftsstruktur sprechen gegen eine schnelle Angleichung. Gleichzeitig entwickeln sich die Hauptstadtregionen und die westlichen Grenzregionen in Mitteleuropa sehr dynamisch. Es ist daher von einem relativ dauerhaften Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westeuropa und einer zunehmenden regionalen Differenzierung auszugehen. Abschließend wird die historische Dimension der wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa herausgearbeitet. Die Dauerhaftigkeit der europäischen Zentrum-Peripherie-Beziehungen spricht gegen eine „Enträumlichung des Sozialen“ und für eine nichtidentische, pfadabhängige Reproduktion sozio-territorial verankerter Ungleichheiten und Abhängigkeiten.

Im Mai 2004 werden vermutlich zehn neue, vorwiegend mitteleuropäische Länder mit insgesamt 75 Millionen Einwohnern der Europäischen Union (EU) beitreten. Die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien ist für 2007 geplant.<sup>1</sup> Diese Beitritte sind das Er-

---

\* Für Anregungen und Kritik danke ich Richard Münch, Mirka Wilderer und zwei anonymen Gutachtern. Karl Peter Schön (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) danke ich für die graphische Umsetzung der Clusteranalyse.

1 In Luxemburg (1997) und Helsinki (1999) wurde 13 Ländern der Status von Beitrittskandidaten verliehen: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien und die Türkei. Mit den zwölf erstgenannten Ländern wird seit 1998 bzw. 2000 über den Beitritt verhandelt. Im Dezember 2002 wurde beschlossen, dass die zehn erstgenannten Länder der EU im Jahre 2004 beitreten können. Dies setzt die Ratifizierung der Beitrittsverträge durch das Europäische Parlament, durch die Beitrittsländer und durch die Mitgliedsstaaten der EU voraus. Der Beitritt von (Süd-)Zypern und Malta zeigt, dass die bevorstehende Erweiterungsrunde nicht nur eine Osterweiterung ist. Die Türkei wurde im Jahre 1999 vom Europäischen Rat in Helsinki als Beitrittskandidat anerkannt. Ende 2001 stellte der Europäische Rat in Laeken fest, dass „die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei näher gerückt“ sei. Im Dezember 2002 wurde beschlossen, dass im Dezember 2004 überprüft werden soll, ob die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gegeben sind.

gebnis eines langen Angleichungs- und Reformprozesses, durch den die kriegsbedingte Spaltung Europas wieder rückgängig gemacht wurde. Die politische Wiedervereinigung Europas ist auch das Verdienst der Europäischen Kommission. Ihr ist es gelungen, das zunächst nur als politische Rhetorik verstandene Angebot des Europäischen Rats von Kopenhagen (1993) zu konkretisieren und einen Fahrplan zu entwickeln, der den postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas den Weg in die EU ebnete (vgl. Schimmelfennig 2001). Die damit eröffnete Perspektive der EU-Mitgliedschaft diente den postsozialistischen Ländern Mitteleuropas gewissermaßen als externer Anker; so gelang es ihnen, die grundlegende und gleichzeitige Transformation ihrer wirtschaftlichen, politischen und manchmal auch nationalstaatlichen Ordnung erfolgreich zu bewältigen (Elster et al. 1998; Kitschelt et al. 1999; Stark und Bruszt 1998; Mense-Petermann 2000; Wilderer 2002). Es wurden nicht nur funktionsfähige und wettbewerbsfähige Marktwirtschaften und rechtsstaatliche und demokratische Institutionen entwickelt, sondern es wurde auch nahezu der gesamte *acquis communautaire*, mehr als 20.000 europäische Rechtsakte (80.000 Seiten), in nationales Recht umgesetzt.

Die komplementär erforderliche Reform der EU, ihrer institutionellen Strukturen und ihrer umverteilungswirksamen Politiken ist hingegen bislang noch nicht gelungen (vgl. Lippert 2003). Die Notwendigkeit dieser Reformen ergeben sich aus einem Problem, das bislang in ihrer Bedeutung für die Zukunft der EU unzureichend berücksichtigt wird: Das enorme Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westeuropa.<sup>2</sup> Die Wirtschaftsleistung pro Einwohner beträgt in den 10 Beitrittsländern derzeit nur 44 Prozent (kaufkraftbereinigt) des EU-Durchschnitts. Noch geringer ist das Niveau in der Türkei (22 Prozent), in Rumänien (25 Prozent) und in Bulgarien (28 Prozent; 2001). Die Arbeitslosenquoten und der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten sind weit höher und der Anteil des Dienstleistungssektors ist weit geringer als in der Europäischen Union. Ein leicht interpretierbares Maß für solche regionalen Unterschiede ist das so genannte Dezilverhältnis (das Verhältnis der Werte, die das untere und obere

2 Der Reformbedarf der EU verweist immer auch auf die erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitglieds- und Beitrittsstaaten: Bei den Auseinandersetzungen um die Vertretung der einzelnen Länder im Parlament, im Rat, in der Kommission oder in der Europäischen Zentralbank geht es auch darum, eine Majorisierung wohlhabenderer größerer Mitgliedsstaaten durch zahlreiche kleinere, bislang überrepräsentierte Staaten zu verhindern.

Die Auseinandersetzungen um eine grundlegende Reform der Struktur- und Agrarpolitiken, für die etwa 80 Prozent des EU-Haushalts aufgewendet werden, verweist ebenfalls auf die Bedeutung regionaler Entwicklungsunterschiede. Von der Strukturpolitik profitieren vor allem Regionen mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts (Ziel1-Regionen). Bei einer Erweiterung um 10 Staaten (ohne Bulgarien und Rumänien) erhöht sich die Bevölkerungszahl in den entsprechenden Regionen von 66 auf 112 Millionen Menschen. Da das Durchschnittseinkommen in der erweiterten EU um ca. 13 Prozent sinken wird (1999: von 21.257 auf 18.423 Euro), werden nur noch 45 Millionen in den bisherigen Mitgliedsstaaten leben. Insbesondere die ostdeutschen, die nordspanischen und einzelne englische, finnische, italienische und griechische Regionen könnten nicht mehr als Ziel1-Regionen über die Strukturfonds gefördert werden. Ähnlich weitreichend sind die Auswirkungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik: Während in den jetzigen Mitgliedsstaaten 6,8 Millionen Landwirte tätig sind, sind es in den zehn Beitrittsländern 8,9 Millionen (20,7 Prozent der Erwerbstätigen). Eine unveränderte Fortführung der bisherigen Struktur- und Agrarpolitiken würde somit zu erheblichen Einnahmefällen bzw. zu zusätzlichen Belastungen für die bisherigen Mitgliedsstaaten führen.

Dezil einer Verteilung begrenzen; vgl. *Tabelle 1*). Die so gemessene Disparität der Wirtschaftsleistungen wird sich nach dem Beitritt von 12 Ländern von 2,0 auf 3,8 nahezu verdoppeln. Ohne Rumänien und Bulgarien wird die Wirtschaftsleistung pro Einwohner in den wohlhabendsten europäischen Regionen etwa dreimal so hoch wie in den ärmsten Regionen sein.

*Tabelle 1:* Die Beitrittskandidaten (ohne Türkei) und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Vergleich

	Mittelwerte (gewichtet)					Dezilverhältnis (D9/D1; gewichtet)				
	EU 15	BK 10	BK 12	EU 25	EU 27	EU 15	BK 10	BK 12	EU 25	EU 27
BIP pro Kopf (KKS), 1999 EU15=100	100,0	44,2	38,5	90,8	86,6	2,0	2,0	2,6	3,1	3,8
Arbeitslosenquote (%) 2000	8,4	15,5	12,4	9,6	9,3	4,4	2,6	3,5	4,1	5,0
Beschäftigungsquote (Erwerbstätige in % der Bevölkerung von 15–64, 2000)	63,8	58,4	60,8	62,8	63,2	1,4	1,3	1,5	1,4	1,4
Beschäftigte in der Landwirtschaft (%) 2000	4,3	17,6	21,6	6,5	8,0	12,7	5,1	10,7	15,0	20,4
Beschäftigte in der Industrie (%) 2000	28,9	31,0	31,7	29,8	29,5	2,0	1,7	2,0	2,1	2,0
Beschäftigte in den Dienstleistungen (%) 2000	66,5	51,4	48,1	63,7	62,6	1,4	1,4	2,0	1,5	1,6

*Erläuterung:* Die Wirtschaftsleistung pro Einwohner in den wohlhabendsten und in den ärmsten europäischen Regionen – in denen jeweils ein Zehntel der Bevölkerung wohnen – beträgt in den 15 Mitgliedsstaaten der EU im regionalen Durchschnitt mindestens 136 Prozent bzw. höchstens 67 Prozent des europäischen Durchschnitts. Hieraus errechnet sich ein Dezilverhältnis von 2.

BIP pro Kopf (KKS): Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandprodukt pro Einwohner

EU 15: Die 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

BK 10/BK 12: Die 10 bzw. 12 Beitrittskandidaten, die 2004 bzw. 2007 möglicherweise der EU beitreten werden: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Ungarn, Zypern und im nächsten Schritt Bulgarien und Rumänien.

EU 25/EU 27: Die EU15-Staaten und die 10 bzw. 12 Beitrittskandidaten.

*Quelle:* Eigene Berechnungen auf Grundlage von European Commission (2002a).

Vermutet werden kann, dass solche ökonomischen Unterschiede die Zukunft der EU stärker bestimmen werden als die bislang vorwiegend diskutierten kulturellen Unterschiede. Über die Frage, ob Europa im Gefolge von Christianisierung, Renaissance, Aufklärung, Demokratisierung und Industrialisierung eine grundlegend andere Identität als etwa die Türkei entwickelt hat oder ob sich zentrale Errungenschaften des europäischen Wegs in die Moderne (Therborn 1995) in allen entwickelten Ländern durchgesetzt haben, lässt sich trefflich streiten. Die Zukunft der erweiterten EU wird jedoch vermutlich weniger von der Zunahme der kulturellen Vielfalt bestimmt als von den potenziellen Blockadeeffekten sozioökonomischer Unterschiede: Letztere können gemeinsame europäische Interessen an einer verstärkten politischen Zusammenarbeit ver-

mutlich wirksamer überlagern als unterschiedliche Religionen oder die Beharrungsmomente autoritär-militärischer Herrschaftsformen.

Dieser Beitrag geht davon aus, dass die Zukunft der EU wesentlich von der Frage bestimmt wird, wie das erhebliche Wohlstandsgefälle in einem erweiterten oder wieder-vereinigten Europa im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems – in dem soziale Interessen und Identitäten vorrangig territorial definiert werden – zur Geltung gebracht wird. Nur wenn es gelingt, Interessen auch nichtterritorial zu definieren und zu vertreten, wird eine Erweiterung der Union mit einer Vertiefung, d.h. einer engeren politischen Zusammenarbeit vereinbar sein. In diesem Beitrag geht es nicht darum, Lösungsmöglichkeiten für diese Aufgabe zu diskutieren. Statt dessen sollen die sozioökonomischen Hintergründe für die aktuelle Erweiterungskrise der EU (vgl. Vobruba 2003) und für Möglichkeiten nichtterritorialer Interessendefinitionen herausgearbeitet werden. Zunächst wird die politische Bedeutung regionaler Ungleichheiten diskutiert (*Abschnitt I*). Dabei wird deutlich, dass wirtschaftliche Unterschiede nicht in jedem Fall eine stärkere politische Zusammenarbeit blockieren. Hierzu müssen sie als relativ dauerhafte regionale Benachteiligung empfunden und politisch geltend gemacht werden. Je langsamer die Angleichungsprozesse zwischen Ost- und Westeuropa verlaufen und je geringer die regionalen Unterschiede in einem Land sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer solchen Blockade. Daher werden anschließend Strukturen und Entwicklungen regionaler Unterschiede im erweiterten Europa analysiert – soweit das auf der Grundlage der verfügbaren Daten jetzt schon möglich ist (*Abschnitt II*). Abschließend wird die historische Dimension dieser regionalen Ungleichheiten kurz beleuchtet (*Abschnitt III*).

### *I. Regionale Ungleichheiten und das Trilemma der Osterweiterung*

Regionale Unterschiede werden in sehr unterschiedlichem Maß als Verletzung von Gleichheitsnormen empfunden. Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, dass regionale Unterschiede im internationalen Kontext vielfach nur als Zentrum-Peripherie-Differenzen thematisiert werden, während sie im Kontext von Nationalstaaten und anderen politischen Zusammenschlüssen als regionale Ungleichheiten eine erhebliche politische Brisanz entwickeln können. Nationalstaaten haben deshalb mit einigem Erfolg versucht, die Auskristallisierung regionaler Unterschiede zu regionalen Ungleichheiten zu verhindern, indem regionale Unterschiede zum einen erfolgreich verringert wurden und indem sie zum anderen in nichtterritorial definierte soziale Ungleichheiten transformiert wurden. Vor dieser Aufgabe steht auch die EU, da durch die bevorstehende Erweiterung territoriale Unterschiede leichter in regionale Ungleichheiten transformiert werden können.

Um die Differenz zwischen sozioökonomischen Unterschieden und sozialen Ungleichheiten auch begrifflich klarer zum Ausdruck zu bringen, können in Anlehnung an Blau (1977) drei verschiedene Formen sozialer Differenzierung unterschieden werden: Heterogenitäten, Ungleichheiten und Disparitäten. Blau bezeichnet die Zugehörigkeit zu andersartigen, aber nicht als höher oder geringer eingestuften Gruppen als *Heterogenität* (etwa Geschlecht, Rasse, Religion, Ethnizität, Familienstand oder Ge-

burtsort). *Soziale Ungleichheiten* hingegen setzen eine Rangordnung voraus (etwa Alter, Bildung, Einkommen, Macht oder Prestige).<sup>3</sup> Es geht somit darum, dass die Zugangschancen „zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind“ (Kreckel 1992: 17), dauerhaft ungleich verteilt sind. Allerdings kann von Ungleichheiten Blau zufolge nur die Rede sein, wenn eine Beziehung zwischen unterschiedlichen sozialen Positionen besteht: „(U)nrelated positions do not compose a coherent social structure“ (Blau 1977: 5). Die Diagnose von Heterogenitäten und sozialen Ungleichheiten setzt also irgendeine Art von sozialer Integration voraus – eine Integration, die Blau noch mit Interaktion gleichsetzt: „different groups and strata in a society are connected by some face-to-face associations between their members, since otherwise they can hardly be considered to constitute a single society ... some kind of social association is necessary for integration. The assumption is that the integration of various groups and strata in society cannot rest solely on their functional interdependence: it requires some actual social interaction among their members“ (Blau 1977: 5). Soziale Differenzierung ohne soziale Integration soll als *Disparität* bezeichnet werden.

Wenn Menschen sich als Mitglieder verschiedener Gesellschaften wahrnehmen und behandeln, kann von Disparitäten die Rede sein. Ungleichheiten hingegen setzen gemeinsam geteilte, ggfs. auch politisch wirksame Vorstellungen von Gleichheit und Ungleichheit voraus. Auch wenn es weltweite, etwa monetäre Maßstäbe für das Einkommen oder das Vermögen gibt, können globale Einkommensunterschiede nur dann als Indikator für globale Einkommensungleichheiten interpretiert werden, wenn sich Menschen auf einer entsprechenden Skala auch tatsächlich vergleichen. Wenn hingegen sozioökonomische Unterschiede als gottgegeben, als natürlich oder als Folge ökonomischer oder technischer Sachzwänge – und nicht als Verletzung sozial wirksamer Gleichheitsnormen – empfunden werden, dann handelt es sich bei statistisch feststellbaren Unterschieden nur um Disparitäten, nicht jedoch um Ungleichheiten. Die grotesk großen Einkommensunterschiede in der Welt (1 Prozent der Weltbevölkerung verdienen soviel wie 57 Prozent der ärmeren Bevölkerung; vgl. UNDP 2002) werden im praktischen Handeln und Denken kaum als Verletzung von Gleichheitsnormen empfunden.

Disparitäten werden insbesondere deshalb nicht als Ungleichheiten empfunden, weil sich grenzüberschreitende Gleichheits- und Ungleichheitsvorstellungen im Rahmen der Westfälischen Ordnung internationaler Beziehungen (vgl. Held 1999) kaum entwickeln konnten: Staaten erkennen sich wechselseitig als souverän und gleichberechtigt an und verzichten im Gegenzug auf eine Intervention in ihre „inneren Angelegenheiten“. Grenzüberschreitende Differenzen der Ressourcenausstattung können kaum als soziale Ungleichheiten thematisiert werden, da eine solche Thematisierung immer auch die „inneren Angelegenheiten“ souveräner Staaten berührt und daher als unzulässige Einmischung empfunden und zurückgewiesen werden kann. Die Sozialität grenzüberschreitender Räume konstituiert sich immer noch wesentlich über die Beziehungen souveräner Staaten und über wirtschaftliche Austauschbeziehungen. Sozioökonomische

---

<sup>3</sup> Blau (1977: 7) unterscheidet Heterogenität und Ungleichheit wie folgt: „All characteristics of people that influence their role relations are designated either as group membership or as status; if such characteristics classify people categorically, the nominal categories are defined as groups; if they classify them in rank order, they are defined as status.“

Differenzierungen werden auch im Kontext einer Weltgesellschaft tendenziell als Ergebnis des blinden Waltens ökonomischer Gesetze oder als innere Angelegenheit der jeweiligen Staaten behandelt. Dies deutet auf eine nur teilweise vollzogene „Rousseausche Wende“ des Gleichheitsverständnisses hin. Während Rousseau (1998) bei seiner Antwort auf die Frage nach den Ursprüngen der Ungleichheit zwischen den Menschen von der natürlichen *Gleichheit* der Menschen und der hieraus abgeleiteten Vergleichbarkeit ihrer Lebenslagen ausging, wird bei der Thematisierung der Ressourcenunterschiede im internationalen Kontext tendenziell immer noch von der prinzipiellen Unvergleichbarkeit der jeweiligen Staatsbürger und Wirtschaftssubjekte ausgegangen.

Einkommensunterschiede im Rahmen von Nationalstaaten (und tendenziell auch in der Europäischen Union) hingegen werden in erheblich stärkerem Maße als soziale Ungleichheiten empfunden und behandelt.<sup>4</sup> Vor allem im nationalstaatlichen Raum werden heterogene Ressourcenverteilungen als Verletzung von Gleichheitsnormen, d.h. als soziale Ungleichheiten thematisiert. Territoriale Unterschiede können das territorial definierte Monopol legitimer physischer Gewalt, durch das moderne Staaten gekennzeichnet sind (Weber 1972: 824), tendenziell bedrohen (vgl. zur Schließung von Exit-Optionen als Voraussetzung und Ergebnis staatlicher Konsolidierungsprozesse Bartolini 2000). Dies gilt zunächst im historischen Rückblick: Die modernen westeuropäischen Staaten mussten ihr territoriales Gewaltmonopol in erster Linie gegenüber regionalen Herrschaftsstrukturen und Autonomiebestrebungen durchsetzen.<sup>5</sup> Auch heutzutage können regionale Ungleichheiten noch eine erhebliche Sprengkraft für politische Gemeinwesen entfalten. Regional definierte *Interessen*unterschiede können durch entsprechende *Ideologien* oder durch die Konstruktion regionaler, ggfs. auch ethnisch-religiös fundierter *Identitäten* in politische und kulturelle Gegensätze transformiert werden. Diese sind pragmatischen Mustern der Aushandlung und Konfliktlösung kaum mehr zugänglich (Elster et al. 1998: 251). Auf die politische Organisierbarkeit regionaler Ungleichheiten deuten zahlreiche regionale Bewegungen in Ost- und Westeuropa hin. Solche politisch-kulturell verfestigten Minderheitenpositionen erweisen sich als Bedrohung für repräsentative Demokratien, da Mehrheitsentscheidungen nur dann legitim sind, „wenn die Mitglieder der Mehrheit der Minderheit nicht feindselig gegenüberstehen, sondern lediglich ihre Eigeninteressen rational verfolgen“ (Scharpf 1999: 17). Wenn regionale Minderheiten dauerhaft überstimmt werden, bedroht dies die Legitimität politischer Entscheidungen. Exit-Optionen können im Vergleich zu demokratischen Voice-Optionen wieder attraktiv werden (Bartolini 2000).

Die politische Organisierbarkeit und die Sprengkraft ethnischer und regionaler Identitäten für demokratische Systeme erklären, warum die Verringerung regionaler

4 Indikatoren für die soziale Relevanz der entsprechenden Gleichheitsnormen sind etwa die Summen, die in der EU für die öffentliche Entwicklungshilfe, für die europäische Agrar- und Strukturpolitik (als EU-spezifische Varianten der Sozialpolitik) und für die nationalen Sicherungssysteme ausgegeben werden: 0,32 Prozent (1999), 0,9 Prozent (2000) bzw. 27,5 Prozent (1999) des Bruttoinlandprodukts.

5 Vgl. Bornschier (2000: 276). Die Staatenbildungsprozesse in Europa gingen mit einer Zentralisierung der politischen Gewalt einher. Während im Jahre 1500 in Europa etwa 500 mehr oder weniger autonome politische Einheiten gezählt wurden, waren es im Jahre 1900 nur noch gut 20 (Tilly 1975: 24).

Unterschiede ein wichtiges Ziel der meisten Nationalstaaten ist.<sup>6</sup> Dies dokumentiert sich in zahlreichen Maßnahmen zur politisch-administrativen, rechtlichen und kulturellen Vereinheitlichung des nationalen Territoriums (Münch 2001: 183). Während heutzutage wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ (Artikel 72 GG) eine zentrale Bedeutung zukommt, ist in historischer Perspektive auch an andere Strategien zu denken (bis hin zur Vertreibung und Eliminierung von ethnischen Minderheiten; Tilly 1975: 44). Auf die Erfolge der Nationalstaaten bei der Verringerung regionaler Ungleichheiten verweist die Tatsache, dass internationale Einkommensunterschiede heutzutage weitaus bedeutsamer als intranationale Ungleichheiten sind (Sala-i-Martin 2002).

Alternativ können Nationalstaaten allerdings auch darauf setzen, regionale Unterschiede in nichtregionale, mit nationalstaatlichen Interessenvertretungslogiken kompatiblere Formen sozialer Ungleichheit umzuwandeln. Externe Grenzbildungen ermöglichen interne Strukturierungen (Flora 2000a) – etwa durch die funktionale Differenzierung von religiös-kulturellen, militärischen, bürokratischen, juristischen, steuerlichen und wirtschaftlichen Sphären im Zuge moderner Staatenbildungsprozesse. Eine solche „Entterritorialisierung“ sozialer Ungleichheiten wird durch zentrale institutionelle Arrangements der heutigen Nationalstaaten begünstigt. Erstens wurde durch branchen- oder landesweite Tarifvertragsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden „das relative Gewicht der Klassenspaltung gegenüber territorial-kulturellen Spaltungen vergrößert“ (Flora 2000b: 118). An die Stelle regionaler, identitätsgestützter Konflikte entwickelten sich im Laufe der Industrialisierung kollektive Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Diese interpretierten (auch territorial) unterschiedliche Lebenslagen und Ressourcenverteilungen als Verteilungskonflikte zwischen verschiedenen Klassen und Schichten und arbeiteten sie entsprechend klein. Eine territoriale Deutung frühindustrieller Konflikte – etwa als Konflikte zwischen Stadt und Land oder zwischen agrarisch und industriell geprägten Regionen – konnte sich trotz der regionalen Konzentration der frühkapitalistischen Entwicklung nicht durchsetzen. Zweitens hat auch die Entwicklung sozialstaatlicher Sicherungssysteme einer territorialen Interpretation sozioökonomischer Differenzierungen entgegengewirkt, da sozialstaatliche Leistungen allen Staatsbürgern unabhängig von ihrem Wohnort gewährt werden. Drittens begünstigen auch nationale Ausbildungssysteme eine nichtterritoriale Interpretation sozioökonomischer Heterogenität, da die durch das Bildungssystem reproduzierten Ungleichheiten entweder als individuelle oder als schichtspezifische Ungleichheiten verstanden werden. Im Bildungssystem werden individuelle Fähigkeiten, Kompetenzen und Ansprüche „produziert“, die an die Stelle territorialer

---

<sup>6</sup> Erreicht wurde dies in einigen Ländern auch durch einen föderalen Aufbau, da eine solche Ordnung regionale Interessen zum einen anerkennt, zum anderen aber im gesamtstaatlichen Interesse aufhebt (vgl. zu den widersprüchlichen Verbindung von territorialen bzw. föderalen und individuellen bzw. demokratischen Interessenvertretungslogiken Kielmansegg 1996). Eine Stärke föderaler Systeme ist, dass ärmere Regionen gezielt – auch gegen die Interessen der Mehrheit – gefördert werden können. Vielfach wird dies die einzige Möglichkeit sein, um politische Blockaden aufzulösen – allerdings um den Preis von „Politikverflechtungsfallen“, die mit föderalen Entscheidungsstrukturen verbunden sein können. In den USA, in Westdeutschland, in der Schweiz und in den Niederlanden ging dies *langfristig* mit der sozioökonomischen Homogenisierung des nationalen Territoriums einher.

Spaltungen treten können (Bertram und Dannenbeck 1990). Industrielle Beziehungen, sozialstaatliche Sicherungssysteme und Ausbildungssysteme tragen im Rahmen heutiger Nationalstaaten dazu bei, dass auch regional interpretierbare Differenzierungen vorrangig als schichtspezifische oder individualisierte Muster sozialer Ungleichheit in Erscheinung treten. Damit konnten soziale Konfliktpotenziale in eine Form gebracht werden, die den Staat als Vermittler, als Umverteilungsinanz und als Garant einer landesweit einheitlichen Ausbildung gestärkt haben – und nicht sein territorial definiertes Gewaltmonopol bedrohen.

Vor einer ähnlichen Herausforderung steht auch die EU (Bach 2000). Ebenso wie Nationalstaaten ist sie grundsätzlich „darauf angewiesen, dass die Bürger sich stärker nach sozialen Interessen als nach nationalen (d.h. territorialen; MH) Kriterien gruppieren, weil eine nationale Versteifung bei bestimmten Fragen ... grundsätzlich und strukturell dauerhaft zur Minderheitenposition verdammt sein wird“ (Reese-Schäfer 1999: 256). In dem Maße, wie die EU mehr als ein rein zwischenstaatlicher Zusammenschluss ist, muss sie sich mit territorialen Differenzierungen auseinandersetzen. Dies ist auch jetzt schon der Fall: Die Ausweitung der europäischen Agrar- und Strukturpolitik insbesondere seit der Süderweiterung (1981/1986) zeigt, dass regionale Differenzierungen in intergouvernementalen Verhandlungen im Rahmen des Mehrebenensystems der EU wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden können (Anderson 1998). Ein Mehrebenensystem wie die EU begünstigt territoriale (d.h. nationale oder regionale) Interessendefinitionen: „Mehrebenen-Systeme werden wahrscheinlich die Formierung regional definierter Blöcke von wirtschaftlichen Akteuren fördern, wobei sich die Interessen der Blöcke in armen Regionen von denen in wohlhabenderen Regionen unterscheiden“ (Pierson und Leibfried 1998: 51).

Durch die bevorstehende Erweiterung der EU können die bisherigen, vorrangig als Zentrum-Peripherie-Beziehungen thematisierten Disparitäten zwischen Ost- und Westeuropa in soziale Ungleichheiten im Rahmen eines engeren politischen Zusammenschlusses transformiert werden. Die disparaten Lebenslagen in Ost- und Westeuropa können nun leichter als soziale, beispielsweise interregionale oder internationale Ungleichheiten artikuliert werden. Jeder Versuch, die EU zu einem supranationalen politischen Handlungs- und Entscheidungszentrum weiterzuentwickeln, hat mit Kompensationsforderungen ärmerer Länder und Regionen zu rechnen. Wenn es nicht gelingt, entweder die neuen territorialen Ungleichheiten in nichtterritorial definierte Ungleichheiten zu verwandeln oder entsprechende Ausgleichszahlungen zu finanzieren, könnte die EU an den Blockadepotenzialen territorial definierter Interessen, Ideologien und Identitäten scheitern.

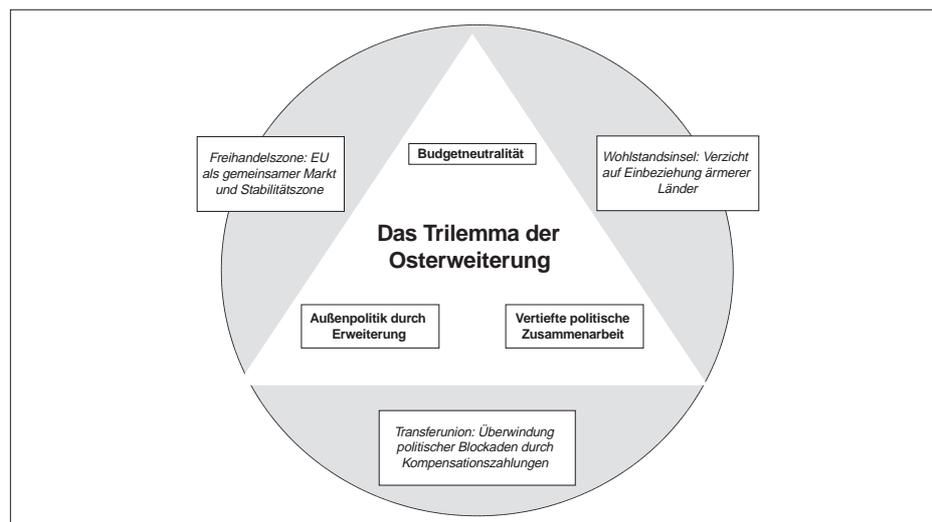
Dies verweist auf ein Trilemma: Wenn die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa zukünftig als territoriale Ungleichheiten im Rahmen der EU politisch geltend gemacht werden, können nur noch zwei von drei mehrheitlich verfolgten Zielen (Budgetneutralität, eine engere politische Zusammenarbeit, weitere Erweiterungsschritte) erreicht werden – nicht jedoch alle drei: *Erstens* kann die Osterweiterung nur dann ohne zusätzliche Zahlungen stattfinden, wenn sich die Europäische Union auf ihre traditionelle wirtschaftspolitische Rolle bei der Liberalisierung des Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs beschränkt und auf eine verstärkte politische Zusammenarbeit verzichtet. Eine solche Konstellation könnte durch-

aus im Interesse von Ländern liegen, die die EU vor allem als supranationalen Zusammenschluss souveräner Staaten verstehen – wie etwa das Vereinigte Königreich (vgl. Schimmelfennig 2001: 50). Auf diese Weise könnten auch die zukünftigen osteuropäischen Grenzstaaten (Ukraine, Weißrussland ...) stabilisiert werden – in der Kontinuität der bisherigen EU-Politik, die gegenüber ihren Nachbarstaaten keine Außenpolitik im klassischen Sinne betreibt, sondern ihnen eine Beitrittsperspektive anbietet (Weidenfeld 2001: 61). Europa würde sich in diesem Fall in Richtung einer *Freihandelszone* und eines gemeinsamen Raums von Stabilität und Sicherheit entwickeln.

Bei politisch artikulierten regionalen Ungleichheiten könnte die Osterweiterung *zweitens* nur dann mit einer verstärkten politischen Zusammenarbeit verbunden werden, wenn der 1999 vereinbarte Budgetrahmen in der nächsten Planungsperiode ab 2006 deutlich überschritten wird. In diesem Fall könnten mögliche politische Blockaden durch entsprechende Kompensationsleistungen vermieden werden – und zwar auch dann, wenn bis zu einem Dutzend neue, zumeist kleinere und weniger wohlhabende Mitgliedsstaaten an den Entscheidungsprozessen der EU mitwirken. Europa würde sich in diesem Fall in Richtung einer *Transferunion* entwickeln.

*Drittens* kann eine vertiefte politische Zusammenarbeit ohne zusätzliche Zahlungen erreicht werden, wenn auf die Einbeziehung weiterer Mitgliedsstaaten (die Türkei, die ehemals jugoslawischen Staaten, Ukraine, Weißrussland ...) verzichtet wird. Damit würde die EU Abschied von dem sich selber verstärkenden Kreislauf von Erweiterung und Vertiefung nehmen, der sie seit ihrer Gründung kennzeichnet (vgl. Vobruba 2003). In diesem Fall würde sich die EU zu einer *Wohlstandsinsel* in einer politisch instabilen Umwelt entwickeln. Das Trilemma von sicherheitspolitisch motivierter Erweiterung, politisch erwünschter Vertiefung und wirtschafts- und währungspolitisch erzwungener Budgetdisziplin kann somit in drei unterschiedliche Richtungen aufgelöst werden (vgl. *Abbildung 1*).

*Abbildung 1:* Die Europäische Union zwischen Budgetneutralität, vertiefter politischer Zusammenarbeit und Erweiterung



Festgehalten werden kann: Mit der unterschiedlichen Verteilung von sozialen Gütern, Positionen und Chancen wird im internationalen und nationalen Kontext auf verschiedene Weise umgegangen: Im zwischenstaatlichen Raum kann von regionalen Ungleichheiten bislang kaum die Rede sein, da international anerkannte und handlungswirksame Gleichheits- und Ungleichheitsvorstellungen kaum institutionalisiert sind. Innerhalb eines Staates hingegen können unterschiedliche Ressourcenverteilungen leicht zu regionalen Ungleichheiten auskristallisieren. Daher haben Nationalstaaten ein Interesse an der Entterritorialisierung regionaler Spaltungen, Interessen, Ideologien und Identitäten, um die Blockade politischer Prozesse und letztlich die Infragestellung ihres territorial definierten Gewaltmonopols zu vermeiden. Dieses Ziel kann auf unterschiedliche Weise erreicht werden; die Möglichkeiten reichen von der Vertreibung ethnisch-regionaler Minderheiten bis zur Transformation regionaler Ungleichheiten in klassen- und schichtspezifische oder individuelle Ungleichheiten. Vor einer ähnlichen Herausforderung steht auch die EU, die längst mehr als ein Zusammenschluss souveräner Staaten ist. Eine vertiefte politische Zusammenarbeit wird in einer erweiterten EU nur dann ohne erhebliche zusätzliche Transferzahlungen möglich sein, wenn sich die wirtschaftlichen Disparitäten in Europa nicht zu dauerhaften regionalen Ungleichheiten verfestigen. Ob dies vermieden werden kann, wird im Folgenden diskutiert.

## *II. Wirtschaftliche und Arbeitsmarktungleichheiten im erweiterten Europa*

Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa führen nicht in jedem Fall zu regionalen Ungleichheiten. Ob diese Unterschiede zu Ungleichheiten auskristallisieren und politisch organisiert und artikuliert werden können, hängt auch von der Kompaktheit und Stabilität nationaler und regionaler Interessen- und Identitätskonstruktionen ab. Diese können sich im Zuge wirtschaftlicher Öffnungs- und Globalisierungsprozesse und europäischer Integrationsprozesse durchaus verändern. In Anlehnung an Emile Durkheim prognostiziert etwa Richard Münch einen Wandel von der mechanischen, auf Umverteilung beruhenden Solidarität von Nationalstaaten zur organischen Solidarität in offenen, transnationalen Räumen: „Es kann jedoch angenommen werden, dass er (der verbleibende Rest an mechanischer Solidarität; MH) kleiner, weniger präsent und abstrakter wird, je weiträumiger sich die Arbeitsteilung ausbreitet, je mehr sie sich differenziert und je mehr Spielraum für Individualität dadurch entsteht. Das heißt, er muss in einer europäischen Gesellschaft zwangsläufig kleiner sein als in den einzelnen europäischen Nationalstaaten ... Die auf stärkerer äußerer Abgrenzung, innerer Homogenisierung, Zentralisierung und staatlicher Umverteilung beruhende mechanische Solidarität der Nationalstaaten wird abgelöst durch die grenzüberschreitende organische Solidarität individueller Austauschbeziehungen ... Organische Solidarität besteht in vielen einzelnen Abhängigkeiten, reicht über nationale Kollektive hinaus und wirkt differenzierend in diese Kollektive hinein. Äußere Verflechtung und innere Differenzierung kennzeichnen diese Solidarität“ (Münch 2001: 225 und 274f.).

Die Reintegration Osteuropas in den europäischen Wirtschaftsraum – die mit dem Fall der Mauer begonnen hat – könnte zu intranationalen Differenzierungs- und internationalen Homogenisierungsprozessen führen: „Zwischen den Nationen ergeben sich

durch einzelne Beziehungen und den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Informationen immer mehr Gemeinsamkeiten, während sie sich intern immer mehr differenzieren und pluralisieren“ (Münch 2001: 197).

Münch erwartet somit zum einen eine internationale Konvergenz, zum anderen eine zunehmende interne Differenzierung der Nationalstaaten. Konkret könnte dies bedeuten, dass die mitteleuropäischen Regionen durch zunehmende Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Einkommensungleichheiten gekennzeichnet sind, während sich die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa allmählich verringern. In diesem Fall wäre eine Polarisierung zwischen ost- und westeuropäischen Interessen und eine entsprechende politische Blockade der EU weniger wahrscheinlich als bei einem stabilen Wohlstandsgefälle und einer gleichmäßig schlechten Einkommens- und Arbeitsmarktsituation. Eine dynamische und differenzierte Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Regionen könnte somit die Voraussetzungen für die von Münch beschriebene transnationale, nicht mehr auf Umverteilung beruhende Solidarität verbessern. Hierdurch würde das weiter oben beschriebene Trilemma entschärft.

Auf Grundlage von Weltsystem- und Dependenztheorien (vgl. etwa Wallerstein 1986) können allerdings auch entgegengesetzte Hypothesen formuliert werden. Zum einen könnte anstelle einer Konvergenz erwartet werden, dass die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa weiterhin durch jahrhundertalte Abhängigkeiten bestimmt werden. Zum anderen könnte erwartet werden, dass sich die periphere Situation der mittel- und osteuropäischen Regionen in relativ ähnlichen, ungünstigen Einkommens- und Arbeitsmarktstrukturen dokumentiert. Der relative Erklärungsbeitrag von *Konvergenz- und Abhängigkeitshypothesen* wird in *Abschnitt II.1.* diskutiert. Anschließend wird auf den relativen Stellenwert von *Differenzierungs- und Homogenisierungsprozessen* in Mittel- und Osteuropa eingegangen (*Abschnitt II.2.*).

### 1. Mittel- und Osteuropa im Rahmen der europäischen Arbeitsteilung

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Ordnung sind Ost- und Westeuropa in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht rasch wieder zusammengewachsen (vgl. zu den Ursachen dieses Erfolgs und zu verbleibenden Risiken Lang 2001). Am beeindruckendsten ist die Geschwindigkeit, mit der die jahrzehntelange Ausrichtung der mittel- und osteuropäischen Länder nach Osten revidiert wurde: Nach der Auflösung der Sowjetunion und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (1991) brach der Handel mit den östlichen Nachbarn abrupt zusammen, während der Handel mit der EU rasch anstieg.

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus ging die Wirtschaftsleistung in den zehn mittel- und osteuropäischen Kandidatenländern deutlich zurück; der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung wurde von 1991 bis 1993 erreicht. Von 1992 bis 2000 ist die Wirtschaft in den 12 Beitrittsländern (ohne Türkei) etwas schneller als in der EU gewachsen (31 statt 16 Prozent). Allerdings würde es bei den jetzigen Wachstumsraten 130 Jahren dauern, bis die 12 Beitrittskandidaten insgesamt das Niveau der jetzigen EU-Staaten erreicht haben. Mit einer schnellen wirtschaftlichen Konvergenz

Tabelle 2: Die Variation<sup>1</sup> der nationalen (und regionalen) Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen in der EU und den Kandidatenländern (1990–2001)

	Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (KKS)			Arbeitslosenquote (in Prozent der Erwerbspersonen)			Beschäftigte in der Landwirtschaft <sup>2</sup>			Beschäftigte in der Industrie <sup>2</sup>			Beschäftigte im Dienstleistungssektor <sup>2</sup>		
	EU	BK	EU	EU	BK	EU	EU	BK	EU	EU	BK	EU	EU	BK	EU
	15	12	27	15	12	27	15	12	27	15	12	27	15	12	27
1990	0,13	0,22	0,31	0,40	0,61	0,49	0,85	0,24	0,84	0,07	0,10	0,14	0,10	0,17	0,23
1991	0,13	0,25	0,33	0,39	0,52	0,42	0,80	0,30	0,91	0,14	0,09	0,14	0,10	0,15	0,19
1992	0,13	0,30	0,34	0,38	0,41	0,39	0,78	0,37	0,96	0,14	0,09	0,14	0,09	0,17	0,19
1993	0,13	0,30	0,34	0,41	0,38	0,41	0,79	0,42	1,01	0,15	0,10	0,14	0,09	0,20	0,18
1994	0,13	0,30	0,34	0,42	0,38	0,41	0,79	0,47	1,05	0,15	0,11	0,14	0,09	0,21	0,18
1995	0,13 (0,29)	0,29 (0,38)	0,33 (0,43)	0,41	0,35	0,40	0,79	0,51	1,09	0,13	0,12	0,14	0,08	0,21	0,18
1996	0,12	0,30	0,32	0,38	0,36	0,38	0,82	0,50	1,09	0,13	0,12	0,13	0,08	0,19	0,17
1997	0,11	0,30	0,32	0,37	0,32	0,36	0,83	0,52	1,11	0,13	0,11	0,13	0,08	0,19	0,17
1998	0,11 (0,28)	0,31 (0,41)	0,32 (0,42)	0,38 (0,60)	0,32 (0,39)	0,37 (0,58)	0,82 (1,02)	0,56 (0,67)	1,15 (1,14)	0,13 (0,24)	0,12 (0,23)	0,14 (0,25)	0,09 (0,12)	0,19 (0,17)	0,17 (0,16)
1999	0,11 (0,28)	0,31 (0,44)	0,32 (0,42)	0,35 (0,60)	0,29 (0,44)	0,34 (0,57)	0,82 (1,06)	0,61 (0,77)	1,22 (1,29)	0,13 (0,25)	0,15 (0,24)	0,14 (0,25)	0,09 (0,13)	0,20 (0,26)	0,16 (0,19)
2000	0,11	0,32	0,32	0,36 (0,64)	0,31 (0,47)	0,41 (0,61)	0,71 (1,07)	0,69 (0,84)	1,22 (1,38)	0,13 (0,25)	0,14 (0,24)	0,14 (0,25)	0,08 (0,13)	0,21 (0,26)	0,16 (0,19)
2001	0,11	0,31	0,31	0,35 (0,65)	0,35 (0,51)	0,39 (0,66)									

Erläuterungen (siehe auch Tabelle 1): <sup>1</sup> Der Variationskoeffizient wird berechnet als Quotient von Standardabweichung und Mittelwert; er ist ein dimensionsloses Streuungsmaß. Die jeweiligen Werte wurden mit der Zahl der Erwerbspersonen bzw. der Bevölkerungszahl gewichtet. Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf maximal 211 westeuropäische und 55 osteuropäische Regionen (auf der zweiten subnationalen Ebene; ohne die Türkei, für die keine regionalen Daten vorliegen). <sup>2</sup> Sektorale Beschäftigungsanteile (in Prozent aller Beschäftigten).

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage von World Bank, World Development Indicators 2002; OECD 2002: Employment Outlook, Eurostat.

kann daher nicht gerechnet werden. Am ehesten würden Slowenien (34 Jahre), Malta (48) und Zypern (55) das EU-Niveau erreichen.

Hierauf deutet auch die Entwicklung der *Wirtschaftsleistung pro Einwohner* hin (vgl. Tabelle 2). Während in den jetzigen EU-Staaten eine gewisse Angleichung zu verzeichnen ist, haben sich die Beitrittskandidaten seit 1990 sehr unterschiedlich entwickelt. Die höchsten Wachstumsraten wiesen Polen, Malta, Slowenien, Zypern und die Slowakei auf; unterhalb des EU-Niveaus lagen die Wachstumsraten in Bulgarien, Tschechien, Litauen und Rumänien. Dies dokumentiert sich in einer deutlichen Zunahme der regionalen und nationalen Variationskoeffizienten. Durch die gegenläufigen Entwicklungen in der EU und in den Beitrittsländern stagniert der Variationskoeffizient für die betrachteten 27 Länder.

Die Variation der nationalen *Arbeitslosenquoten* in den EU- und Kandidatenländern unterscheidet sich kaum. Der Beitritt von 12 Kandidatenländern (ohne die Türkei) zur EU würde nur zu einer minimalen Zunahme führen. Noch sind die regionalen Unter-

schiede der Arbeitslosenquoten in Osteuropa geringer als in Westeuropa. In den letzten Jahren nehmen diese Unterschiede allerdings deutlich zu.

Die mittel- und osteuropäische Wirtschaft durchläuft einen raschen, nachholenden Tertiarisierungsprozess. Während der Anteil von Landwirtschaft und Industrie seit der Wende rasch abnimmt, nimmt der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor deutlich zu. Im Verlauf dieses Prozesses erhöht sich die nationale und regionale Vielfalt deutlich. Insbesondere die Variation der nationalen und regionalen Beschäftigungsanteile in der Landwirtschaft nimmt deutlich zu – ein Hinweis auf wirtschaftliche Differenzierungsprozesse zwischen Stadt und Land (Förster et al. 2002). Die zunehmende Variation der industriellen Beschäftigungsquote verweist auf die nachholende Modernisierung der osteuropäischen Wirtschaft: Die postsozialistischen Transformationsprozesse führen in Osteuropa zu einer Schrumpfung und Neuprofilierung des industriellen Sektors – in einem von Land zu Land unterschiedlichen Tempo. Bei den Dienstleistungen erhöht sich vor allem die regionale Variation – ein Hinweis auf die zentrale Stellung der mitteleuropäischen Metropolen, die sich in einem im Vergleich zu Westeuropa mehr als doppelt so hohen Variation dokumentiert.

Insbesondere die dauerhaften Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sprechen gegen die Konvergenzthese. Stattdessen scheint sich seit 1989 ein neues Muster der innereuropäischen Arbeitsteilung herauszubilden. Diese neue Arbeitsteilung kann auf Grundlage der regionalisierten Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstrukturdaten gezeichnet werden.<sup>7</sup> Hierzu wird eine hierarchische Clusteranalyse durchgeführt (vgl. auch Heidenreich 1998 und Weise et al. 1991). Es ergaben sich dreizehn Cluster, die interpretativ zu fünf Typen zusammengefasst werden können (vgl. *Tabelle 3* und *Abbildung 2*):

1. *Urbane, vielfach hauptstädtische Verwaltungs- und Dienstleistungszentren*: Zu dieser Gruppe gehören Hauptstadtregionen wie London, Brüssel, Wien, Ile de France (Paris), Berlin, Hamburg, Nord- und Südholland, Stockholm, Uusimaa (Fi) und Luxemburg ebenso wie eine mitteleuropäische Hauptstadt (Prag). Ein gemeinsames Kennzeichen der in diesem Regionaltyp zusammengefassten drei Untergruppen sind eine hohe Bevölkerungsdichte und ein hohes Einkommen. Vier Fünftel der Beschäftigten in den europäischen Metropolen arbeiten im Dienstleistungsgewerbe;

---

<sup>7</sup> Die 15 EU-Länder sind in 78 so genannte NUTS1-Regionen (in Deutschland etwa die 16 Bundesländer), in 211 NUTS2-Regionen (in Deutschland etwa die Regierungsbezirke) und in 1093 NUTS3-Regionen untergliedert (NUTS: Nomenclature of statistical territorial units; vgl. Europäische Kommission 2002, European Commission 2002b). Die zwölf Länder, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden, sind in 55 NUTS2 und in 187 NUTS3-Regionen aufgeteilt.

Bei der Clusteranalyse wurde das Wardverfahren auf Grundlage der standardisierten Variablenwerte genutzt (vgl. Backhaus et al. 1994). Bei der Auswahl der Variablen sollte die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Einkommensstruktur und der Urbanisierungsgrad der betrachteten Regionen berücksichtigt werden. Daher wurden folgende Variablen in die Analyse einbezogen: Die Arbeitslosenquote (2000), die Wirtschaftsleistung pro Einkommen (1999; in Kaufkraftstandards), der Anteil der Industriebeschäftigten und der Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten an allen Erwerbstätigen (2000) und die Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km<sup>2</sup>). Auf Grundlage des Dendrogramms haben wir uns für eine relativ hohe Zahl von Clustern entschieden, um die außerordentliche Varianz in den mittel- und osteuropäischen Regionen hinreichend differenziert zu erfassen.

Tabelle 3: Europäische Wirtschaftsregionen im Vergleich: Ausgewählte Indikatoren für 13 Cluster (ungewichtete Mittelwerte)

Regionaltypen	Cluster	Zahl der Regionen <sup>1</sup>	Bevolkerungsdichte <sup>2</sup>	Pro-Kopf-BIP <sup>3</sup>	Beschäftigungsquote <sup>4</sup>	Sektorale Beschäftigung in % <sup>5</sup>			Arbeitslosenquote (2000)
						Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	
Urbane, vielfach hauptstädtische	Globale Städte (Brüssel; London)	2 (0)	7349	230	60	0	13	87	11
Verwaltungs- und Dienstleistungszentren	Metropolitane Kernregionen (oftmals Hauptstädte) (z.B. Prag, Ile de France, Hamburg)	14 (1)	814	142	70	2	20	78	4
	Zentrale Orte (z.B. Manchester, Berlin)	7 (0)	3243	94	64	0	22	77	11
Industriell geprägte Verwaltungs- und Dienstleistungsregionen (z.B. Dänemark, Bratislava)		72 (3)	239	91	66	4	25	71	7
Zentrale Industrieregionen	Tertiarisierte Industrieregionen (z.B. Oberbayern, Slowenien)	50 (1)	216	99	66	4	33	63	6
	Industrielle Kernregionen (z.B. Stuttgart)	20 (0)	212	113	68	3	40	57	5
Periphere Industrieregionen	Industrielle Peripherie im Westen (z.B. Halle, Basilicata)	21 (0)	110	74	58	7	32	61	15
	Hochindustrialisierte Peripherieregionen (z.B. Sredni Cechy)	17 (14)	157	47	62	10	38	51	7
	Hochindustrialisierte Peripherieregionen mit hoher Arbeitsl. (z.B. Severozapad)	18 (18)	118	36	53	10	36	53	20
Periphere Dienstleistungs- und Agrarregionen	Tertiäre Peripherie im Westen (z.B. Sizilien)	10 (0)	180	61	43	8	19	73	26
	Industriell geprägte Agrarregionen (z.B. Galicia, Malopolskie)	16 (10)	98	46	58	23	28	49	15
	Mediterrane Agrarregionen (z.B. Alentejo, Thessalia)	10 (0)	57	58	62	28	19	53	8
	Osteuropäische Agrarregionen (z.B. 6 rumän. Regionen)	6 (6)	86	22	74	50	23	26	7
<i>Insgesamt (EU 27)</i>		263	352	83	64	8	29	63	9

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der in Europäische Kommission (2001, 2002) und European Commission (2001, 2002a,b) veröffentlichten Regionaldaten.

<sup>1</sup> In Klammern: osteuropäische Regionen.

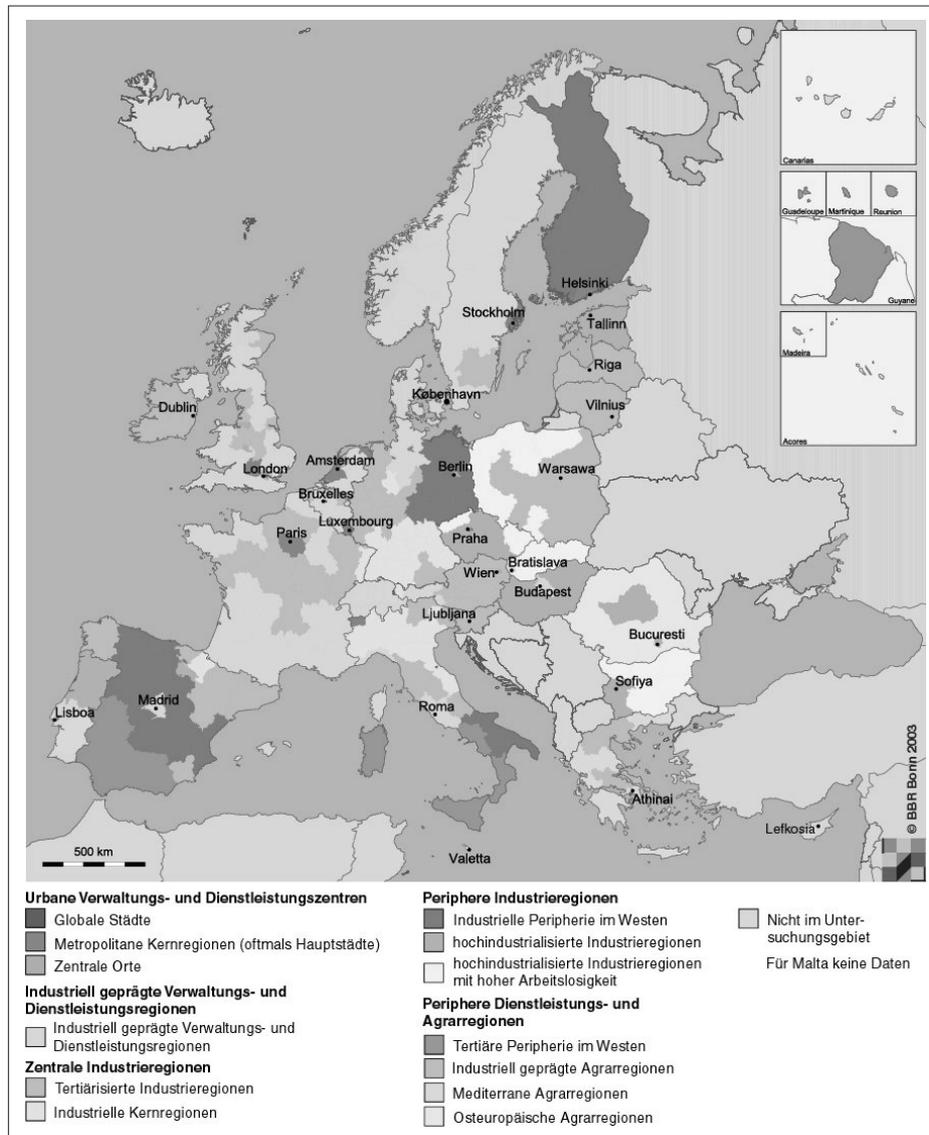
<sup>2</sup> Einwohner/km<sup>2</sup>; 1999.

<sup>3</sup> in KKS; 1999 EUR15 = 100.

<sup>4</sup> in Prozent der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung, 2000.

<sup>5</sup> in Prozent aller Beschäftigten; 2000.

Abbildung 2: Zentrale und periphere Wirtschaftsregionen in Europa



Industrie und Landwirtschaft spielen keine Rolle. 10 Prozent der Bevölkerung im erweiterten Europa wohnen in diesen Städten und erbringen 17 Prozent der Wirtschaftsleistung.

2. *Industriell geprägte Verwaltungs- und Dienstleistungsregionen*: Diese sehr große Gruppe mit 72 Regionen, in denen ein Viertel der europäischen Bevölkerung 29 Prozent der Wirtschaftsleistung erbringt, ist durch eine erheblich geringere Bevölkerungsdichte, einen etwas geringeren Dienstleistungsanteil und durch ein deutlich stärker-

res Gewicht der Industrie gekennzeichnet. In diesem Typ konzentrieren sich skandinavische, südenglische und französische Dienstleistungsregionen, aber auch einige semiperiphere Hauptstadtregionen wie Közép-Magyarország, Bratislava, Attiki und Lazio.

3. *Zentrale Industrieregionen:* Die beiden Cluster dieses Regionaltyps fassen die industriellen Kernregionen Europas zusammen. Ebenso wie die metropolitanen und dienstleistungszentrierten Wirtschaftsregionen sind diese Regionen durch ein hohes Einkommen und eine hohe Beschäftigungsquote gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering. In diese Gruppe fallen hochindustrialisierte Regionen wie Oberfranken, Piemont, Lombardei oder Vorarlberg, aber auch stärker dienstleistungsgeprägte Industrieregionen wie Darmstadt, Köln, die Toskana und Slowenien (als einzige mitteleuropäische Region). 29 Prozent der europäischen Bevölkerung erwirtschaftet in diesen Regionen 39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
4. *Periphere Industrieregionen:* In den Regionen, die in dieser Gruppe zusammengefasst werden, arbeiten etwa ein Drittel der Beschäftigten in der Industrie, 50–60 Prozent im Dienstleistungsbereich und etwa ein Zehntel in der Landwirtschaft. Die erste Untergruppe dieses Typs umfasst die zerstörten Industrieregionen im Westen (in Ostdeutschland, Süditalien, Spanien und Finnland); sie sind durch eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote und ein Einkommen von etwa drei Vierteln des EU-Durchschnitts gekennzeichnet. Die Regionen der zweiten Untergruppe liegen größtenteils in Mitteleuropa, zumeist in der tschechischen Republik. Aber auch Estland und die am stärksten industrialisierten Regionen Ungarns, Rumäniens und Bulgariens – die in ihren Ländern nach der Hauptstadtregion die höchste Wirtschaftsleistung pro Einwohner aufweisen – fallen in diese Gruppe. Aus Sicht der Beitrittsländer umfasst die Kategorie somit die industriellen Kerngebiete des jeweiligen Landes. Die dritte Untergruppe umfasst die mittel- und osteuropäischen Industrieregionen, die durch eine höhere Arbeitslosigkeit und ein niedrigeres Einkommensniveau gekennzeichnet sind – vor allem polnische, bulgarische und slowakische Regionen. 19 Prozent der Bevölkerung erbringen in diesen Regionen 9 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts.
5. *Periphere Dienstleistungs- und Agrarregionen:* Diese sehr heterogene Gruppe umfasst die dienstleistungszentrierte Peripherie im Westen (etwa die französischen Übersee-Departements oder die italienischen Inseln), die industriell geprägten Agrarregionen in Polen und in den Mittelmeerländern, und die noch weitgehend subsistenzwirtschaftlich organisierten Agrarregionen in Griechenland, Portugal und Rumänien. Die letztgenannten Regionen sind durch einen sehr hohen Anteil von landwirtschaftlichen Beschäftigten, eine hohe Beschäftigungsquote, eine geringe Arbeitslosenquote und durch eine extrem niedrige Wirtschaftsleistung pro Einwohner gekennzeichnet. 17 Prozent der Bevölkerung erbringen 6 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Der erweiterte europäische Wirtschaftsraum ist durch eine außerordentlich große Vielfalt gekennzeichnet. Auf der einen Seite stehen die west- und mitteleuropäischen Hauptstadtregionen und eine große Zahl relativ wohlhabender Dienstleistungs- und Industrieregionen, auf der anderen Seite altindustrielle, agrarische oder subsistenzwirtschaftlich organisierte Regionen. Während in Westeuropa der überwiegende Teil der

Bevölkerung (80 Prozent) in Regionen lebt, die als metropolitane, industrielle oder tertiäre Kernregionen typisiert wurden, gilt dies nur für 7 Prozent der mittel- und osteuropäischen Bevölkerung. Während jetzt etwa 74 Millionen Europäer in randständigen Regionen leben (vor allem im Mittelmeerraum und in Ostdeutschland), würden nach der Aufnahme von 12 Beitrittskandidaten 172 Millionen Menschen in randständigen Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsregionen leben. Nach der ersten, für 2004 geplanten Erweiterungsrunde (ohne Bulgarien und Rumänien) werden 141 Millionen Menschen in solchen Regionen leben. Neben relativ wenigen urbanen Dienstleistungszentren und leistungsfähigen Industrieregionen wird Mittel- und Osteuropa vorwiegend von unterschiedlich leistungsfähigen Industrieregionen und von einer vergleichsweise hohen Zahl landwirtschaftlich geprägter Regionen bestimmt. Dieses Ergebnis kann als Hinweis auf eine innereuropäische Arbeitsteilung interpretiert werden, in der die meisten mittel- und osteuropäischen Regionen eine periphere Stellung einnehmen. Hierauf verweist auch die Spezialisierung auf weniger zukunftssträchtige Wirtschaftssektoren und Produkte.<sup>8</sup>

Die erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa werden nur langsam geringer (vgl. auch Sokol 2001; Dunford und Smith 2000). Dies spricht gegen eine rasche Konvergenz und für eine Renaissance der Zentrum-Peripherie-Strukturen, die Europa schon seit Jahrhunderten prägen (vgl. *Abschnitt III*).

## 2. Die Entwicklung der regionalen Ungleichheiten in Mittel – und Osteuropa

Nach der Wende haben die individuellen Einkommensungleichheiten in den mitteleuropäischen Ländern erheblich zugenommen; sie liegen in Polen und Ungarn nunmehr weit über dem deutschen Niveau (*Tabelle 4*). Im Folgenden soll überprüft werden, ob auch die regionalen Unterschiede *innerhalb* der einzelnen mittel- und osteuropäischen Länder in den letzten Jahren größer geworden sind. Hierdurch könnte die politische Brisanz des ost-westeuropäischen Wohlstandsgefälles entschärft werden: Je unterschiedlicher sich die einzelnen Regionen entwickeln, desto größer ist die Chance, eine frontale Gegenüberstellung von ärmeren und reicheren Ländern zu vermeiden.

In den mittel- und osteuropäischen Länder heben sich vor allem vier Arten von Regionen von ihrem jeweiligen nationalen Umfeld ab: Während urbane Dienstleistungszentren und westliche Grenzregionen zu den Gewinnern der postsozialistischen Transformationsprozesse zählen, stehen großbetriebliche, alt- oder monoindustriell geprägte Wirtschaftsregionen und östliche Grenzregionen auf der Verliererseite. So lag die Wirtschaftsleistung pro Einwohner in den östlichen Grenzregionen um 29 Prozent unter dem mittel- und osteuropäischen Durchschnitt, während sie in den westlichen

---

<sup>8</sup> Diese Spezialisierung dokumentiert sich etwa in der Außenhandelsbilanz. Die mittel- und osteuropäischen Länder verzeichnen das größte Handelsbilanzdefizit im Bereich anspruchsvollerer Industriegüter (Fahrzeuge, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände). Sie exportieren vor allem einfachere Industriegüter (Möbel, Bekleidung, Holz). Einigen Ländern gelingt es jedoch, dieses Muster durch die Spezialisierung auf Fahrzeuge (Slowenien, Tschechien, Slowakei), Büromaschinen und Telekommunikation (Estland) zu durchbrechen (vgl. Eurostat: Statistics in Focus Nr. 6 und Nr. 8/2001).

Tabelle 4: Individuelle Einkommensungleichheiten in mitteleuropäischen Ländern

Land	Jahr	Gini-Koeffizient	Dezilverhältnis (D9/D1)
Tschechien	1992	0,207	2,37
	1996	0,259	3,01
Ungarn	1991	0,283	3,39
	1994	0,323	4,19
Polen	1986	0,271	3,51
	1992	0,274	3,42
	1995	0,318	4,04
	1999	0,293	3,59
Slowakei	1992	0,189	2,25
Slowenien	1997	0,250	3,24
	1999	0,249	3,15
Zum Vergleich: Deutschland	1994	0,261	3,18

Vgl. Tabelle 1: Die Zahlen beziehen sich auf das verfügbare Einkommen. Bei einer Gleichverteilung beträgt der Gini-Koeffizient 0; wenn eine Person über das gesamte Einkommen verfügt, beträgt er 1.

Quelle: Luxembourg Income Survey ([www.lisproject.org/keyfigures/ineqtable.htm](http://www.lisproject.org/keyfigures/ineqtable.htm); Abruf am 23.12.02).

Grenzregionen um 10 Prozent und in den Hauptstadtregionen um 61 Prozent über dem Durchschnitt lag.

Vor allem zentrale, dienstleistungszentrierte Orte – insbesondere die *Hauptstadtregionen*, aber auch andere regionale Zentren wie Poznan, Krakau, Wroclaw, Gdansk und Szczecin – haben von der Reintegration in die kapitalistische Weltwirtschaft profitiert; hierauf deutet die positive Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung der letzten Jahre hin.<sup>9</sup> Die mitteleuropäischen Hauptstadtregionen gehören eindeutig zu den Gewinnern der postsozialistischen Transformations- und Integrationsprozesse (vgl. Tabelle 5). Hier konzentrieren sich zum einen die expandierenden Dienstleistungstätigkeiten. Zum anderen tragen aber auch ausländische Direktinvestitionen erheblich zur Aufwertung insbesondere der Hauptstädte bei (Bachtler et al. 2000: 360; Fassmann 1997: 27; Williams und Balaz 1999: 183). Die mittel- und osteuropäischen Hauptstadtregionen (mit der Ausnahme von Sofia und Bukarest) entwickeln sich zu Schnittstellen zwischen globalen und nationalen Produktionsnetzwerken. Es scheint sich ein mitteleuropäischer Städtégürtel herauszubilden, der sich in Gestalt eines Bumerangs von Warschau über Prag, Bratislava/Wien bis nach Budapest erstreckt (vgl. Gorzelak 1996: 127).

Die *westlichen Grenzregionen* (oder im Falle Griechenlands und Österreichs: die südlichen Grenzregionen) konnten von der Re-Integration in den europäischen Wirtschaftsraum ebenfalls überdurchschnittlich profitieren. Dies gilt vor allem für polnische, tschechische, slowakische, slowenische und ungarische Grenzregionen, die zum bevorzugten Standort westlicher Betriebe werden. Das Motorenwerk von Audi in Győr, das GM-Werk in Sankt Gotthard, das Skoda-Werk in Mladá Boleslav oder das VW-Werk in Bratislava sind hier zu nennen.

Die *stärker industriell geprägten Regionen* hingegen gehören zu den Verlierern des

<sup>9</sup> Die regionale Wirtschaftsleistung pro Einwohner ist in Mittel- und Osteuropa negativ mit dem Anteil landwirtschaftlichen Beschäftigten ( $r = -0,60$ ) und positiv mit dem Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten ( $r = 0,70$ ) korreliert ( $n = 48$ ).

Table 5: Regionale Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (1995 und 1999)

Land	Verhältnis der Wirtschaftsleistungen der ärmsten und der reichsten NUTS2-Region		Wohlhabendste NUTS2-Region	Variationskoeffizient des regionalen BIP (NUTS3-Regionen)	
	1995	1999		1995	1999
Bulgarien	161 %	161 %	Yugozapaden (Sofia)	33,2 %	33,3 %
Tschechien	236 %	263 %	Praha	31,0 %	40,7 %
Ungarn	202 %	236 %	Közép-Magyarország (Budapest)	40,5 %	46,0 %
Polen	162 %	214 %	Mazowieckie (Warszawa)	39,2 %	50,9 %
Rumänien	171 %	188 %	Bucuresti	20,5 %	24,7 %
Slowakei	251 %	244 %	Bratislavsky	37,9 %	37,3 %

Bei der geringen Zahl von NUTS2-Regionen pro Land (4–16) ist die Berechnung des Variationskoeffizienten nicht sinnvoll. Stattdessen wird in den ersten beiden Spalten das Verhältnis der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner) zwischen der ärmsten und der wohlhabendsten Region ausgewiesen.

Quelle: Siehe Tabelle 3.

Transformationsprozesses. Zahlreiche schwerindustriell geprägte Regionen gerieten in die Krise – insbesondere wenn sie sich im Rahmen des sozialistischen Wirtschaftsraums auf Kohle, Eisen, Stahl und Waffen spezialisiert hatten (etwa der Nordosten Ungarns – insbesondere Ozd, Starachowice im Südosten Polens, Kladon in Tschechien, Katowice, Łódz, Walbrzych in Polen, Baranya in Ungarn und ein Großteil der slowakischen Industrie). Die durch das sozialistische Industrialisierungsmodell geschaffenen Großbetriebe, die oftmals eine Region vollkommen dominierten, konnten sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vielfach nicht behaupten. Der rasche Anstieg der Arbeitslosenquoten und die stagnierende Wirtschaftsleistung in diesen Regionen sprechen bislang gegen die Hoffnung, dass die mitteleuropäischen Industrieregionen zum Kristallisationspunkt einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung werden.

Die *östlichen Regionen* an den Grenzen zu Ukraine und Weißrussland zählen ebenfalls zu den Verlierern des Transformations- und Integrationsprozesses: „Diese östlichen Grenzregionen stellen eine neue Peripherie dar. Diese reicht vom Nordosten Polens bis zur ungarisch-rumänischen Grenze. Diese peripheren Gebiete sind relativ dünn besiedelt, agrarisch geprägt, wenig urbanisiert und weisen nur vereinzelte ‚industrielle Inseln‘ und große infrastrukturelle Defizite auf. Die Attraktivität in bezug auf Investitionen ist sowohl für ausländische als auch für inländische Unternehmer gering“ (Fassmann 1997: 30f.)

Diese Entwicklungen werden sich mit dem Beitritt zur Europäischen Union noch verschärfen, da dann die Ostgrenzen dieser Länder (etwa die 1200 km lange Grenze zwischen Polen und den Nachbarstaaten Russland, Weißrussland und Ukraine) zur Außengrenze der Union werden. Dies bedeutet verschärfte Grenzkontrollen und eine Abschaffung des visafreien Grenzverkehrs zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn.

Offen ist allerdings, ob diese regional unterschiedlichen Entwicklungen zu einer Differenzierung *innerhalb* der jeweiligen Länder führen. Hiervon hängt die erhoffte Entdramatisierung der regionalen Unterschiede ab. Eine (hier nicht abgebildete) Varianzanalyse zeigt, dass die wirtschaftliche Situation und Entwicklung einer Region vor

allem von der Entwicklung des jeweiligen Landes beeinflusst wird. Signifikant besser schneiden nur die Hauptstadtregionen ab. Ob eine Region an eines der 15 EU-Länder oder an die Nachfolgestaaten der UdSSR angrenzt, hat hingegen keinen signifikanten Einfluss auf die Wirtschaftsleistung einer Region. Die mittel- und osteuropäischen Länder werden somit von der Spannung zwischen urbanisierten, zumeist hauptstädtischen Dienstleistungszentren und (alt-)industriell bzw. agrarisch geprägten Regionen bestimmt – eine Neuauflage des klassischen Gegensatzes von städtischen Netzen und ländlichen Allianzen, der die osteuropäische Peripherie seit dem 16. Jahrhundert prägte (Rokkan 1980: 121).

Für die einleitend aufgeworfenen Fragen nach dem relativen Erklärungsbeitrag von Konvergenz- und Abhängigkeitsthesen bzw. Differenzierungs- und Homogenitätsthesen bedeutet dies: Die langsame Angleichung der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa lässt sich kaum als Bestätigung der Konvergenzthese deuten. Die (alt-)industriell und agrarisch geprägte Wirtschaftsstruktur spricht eher für eine nicht-identische Reproduktion der traditionellen Zentrum-Peripherie-Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. Die Differenzierungsthese erklärt zutreffend die deutliche Zunahme der individuellen und regionalen Einkommensungleichheiten in den mitteleuropäischen Ländern, die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Länder und die außerordentlich dynamische Entwicklung der Hauptstadtregionen. Für die Homogenitätsthese spricht, dass die Unterschiede innerhalb der einzelnen Länder – mit Ausnahme der Hauptstadtregionen – relativ gering sind. Dies verweist auf die Existenz monozentrischer Städtenetzwerke. Für unsere Ausgangsfrage bedeutet dies, dass die sozioökonomische Lage der Regionen in den mittel- und osteuropäischen Ländern noch homogen genug ist, um wirkungsvoll durch die jeweiligen Nationalstaaten artikuliert werden zu können. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa werden somit die Zukunft der EU noch langfristig prägen. Mit einer raschen Entschärfung dieser Unterschiede durch individuell, regional und national unterschiedliche Entwicklungsdynamiken ist nicht zu rechnen.

### *III. Die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa in historischer Perspektive*

Geographische Räume haben eine prägende Bedeutung für soziale Praktiken (Löw 2001). Sozio-territoriale Räume wie der europäische Raum strukturieren soziale Praktiken; sie sind sowohl das Ergebnis als auch zentraler Bezugsrahmen von Interaktionen (Giddens 1988). Diese prägende Bedeutung sozialer Räume dokumentiert sich etwa in der Aufteilung in unterschiedliche Zonen: Wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Kompetenzen, Armut und Reichtum, soziale Identitäten und kollektive Interessenvertretungsstrategien konzentrieren sich nach wie vor an bestimmten Orten. Von einer „Enträumlichung des Sozialen“ (Beck 1999) oder von einer ausschließlich funktional differenzierten Weltgesellschaft (Luhmann 1997: 149) kann keine Rede sein; Territorialität ist ein zentrales gesellschaftliches Strukturierungs- und Ordnungsprinzip – gerade auch in einer kommunikativ integrierten Weltgesellschaft.

Erstens dokumentiert sich die Bedeutung sozio-territorialer Raumstrukturen in der räumlichen Konzentration politischer, ökonomischer, kultureller und anderer Kompe-

tenzen. Dies ist ein zentrales Ergebnis der Debatte um regionale Innovationssysteme und regionale Netzwerke. Im europäischen Fall dokumentiert sich dies in der Akkumulierung wirtschaftlicher Kompetenzen in einem hochverdichteten, verstärkerten Raum, der sich von Norditalien bis nach Südengland zieht (Zündorf 1997). Zweitens decken sich die verschiedenen, teilsystemspezifischen Strukturen der Kompetenzverteilung vielfach, obwohl in einer ausdifferenzierten Gesellschaft zunächst einmal von unabhängigen räumlichen Verteilungen auszugehen wäre. Die mitteleuropäischen Hauptstadtregionen nehmen nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher, kultureller und technologischer Hinsicht eine führende Stellung ein. Drittens erweisen sich sozio-territoriale Strukturen als außerordentlich dauerhaft. Die aktuellen Zentrum-Peripherie-Strukturen in Europa, deren nichtidentische Reproduktion weiter oben betrachtet wurde, sind gewissermaßen das Archiv der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, in dem vergangene Abhängigkeiten, Formen der Arbeitsteilungen und Konflikte „aufbewahrt“ werden. Diese relative Stabilität räumlicher Strukturen soll durch einen kurzen Rückblick auf das 13. bis 16. Jahrhundert rekonstruiert werden, in denen sich die europäischen Zentrum-Peripherie-Strukturen herausgebildet haben.<sup>10</sup>

Die wirtschaftliche Dynamik in Europa konzentriert sich traditionell in einem von Norditalien über Westdeutschland und die Beneluxländer bis nach Südengland reichenden Städtégürtel. Am Rande der europäischen Entwicklung stehen die Mittelmeerlande und die mittel- und osteuropäischen Regionen. Schon seit dem 13. Jahrhundert bestimmt diese europäische Kernregion – die sich entlang der neu belebten Fernhandelsstraßen zwischen dem nördlichen und dem südlichen Pol des europäischen Wirtschaftsraums entwickelte – die europäische Entwicklung. Die urbanisierte europäische Kernregion – deren wirtschaftlicher Schwerpunkt sich ab 1600 von Italien nach Nordeuropa verlagerte (Braudel 1990) – ist seit dem Mittelalter der Raum, in dem sich Innovationen und wirtschaftliches Wachstum in Europa konzentrieren. Dieser westeuropäische Städtégürtel hatte einen zentralen Stellenwert für die Entwicklung des Handelskapitalismus und des westeuropäischen Staatensystems, während Osteuropa noch lange Zeit durch agrarwirtschaftliche Strukturen und Imperien geprägt war.

Der norwegische Sozialwissenschaftler Stein Rokkan (2000) stellt diesen Städtégürtel in das Zentrum seiner Untersuchungen über die territoriale Strukturierung Europas (vgl. Bartolini 2000; Flora 2000a; Bach 2003). Er arbeitet heraus, dass dieses Netzwerk autonomer Städte sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zur Grundlage des modernen Europa wurde. In politischer Hinsicht trug der Städtégürtel

10 Prinzipiell könnten die Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa auch bis zum morgenländischen Schisma zurückverfolgt werden, d.h. bis zur endgültigen Trennung der römisch-katholischen Westkirche und der byzantinisch-orthodoxen Ostkirche (1054). Diese Spaltung trug mit zum Antagonismus zwischen dem germanisch und dem slawisch geprägten Teil Europas bei (Morin 1991: 41) – auch wenn Flora (2000a) betont, dass die klassische Rankesche Unterscheidung zwischen germanischem und slawischen Europa nicht mit der Unterscheidung von West- und Ostkirche gleichgesetzt werden kann: Nur die südlichen und östlichen Slawenvölker (Russen, Serben und Bulgaren) wurden durch Byzanz missioniert, während die westlichen und südlichen Slawen (Polen, Böhmen, Ungarn, Slowenien, Kroatien) durch Rom zum Christentum bekehrt wurden. Die vor 1000 Jahren gezogene Grenze zwischen Ost- und Westkirche entspricht somit weitgehend den ab 2004 zu erwartenden neuen Ost- und Südostgrenzen der EU.

zu dem Gegensatz zwischen föderativen und unitaristischen Strukturen bei: Während die kontinentaleuropäische Kernregion von schwach integrierten, föderativen Strukturen geprägt war (vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation und später vom Norddeutschen Bund, der Schweiz und den Vereinigten Niederlanden), konnten sich die westlichen, nördlichen und östlichen Gebiete an den Rändern des Städtegürtels zu stärker integrierten politischen Strukturen entwickeln. Dies gilt sowohl für die frühen Staatsbildungen im Norden und im Westen (Frankreich, England, Skandinavien) als auch für die landgerichteten, militärisch basierten Imperien und Staaten im Osten (etwa die Habsburger Dynastie, aber auch die Landmächte Preußen und Russland sowie das Osmanische Reich).

Die Tatsache, dass starke Staaten und Imperien vor allem in den Randbereichen des Römisch-Germanischen Reiches entstanden, bezeichnet Rokkan (2000: 183) als das große Paradox der europäischen Entwicklung. Er erklärt es durch die polyzentrischen Herrschaftsstrukturen im europäischen Städtegürtel: „Das Kernland des alten Weströmischen Reiches war mit Städten entlang eines breiten Handelsroutengürtels übersät, der sich vom Mittelmeer aus sowohl östlich als auch westlich der Alpen nach Norden bis zu Rhein und Donau erstreckte ... Genau diese Dichte etablierter Zentren innerhalb dieses Territoriums machte es schwierig, eines als allen anderen überlegen hervorzuheben ... Im Gegensatz dazu erwies es sich als sehr viel einfacher, effektive Kerngebiete an den Rändern der städtereichen Territorien des alten Reiches zu entwickeln ... Die frühen Erfolge solcher Bestrebungen zur Systembildung an den Rändern des alten Reiches erfolgten im Westen und im Norden ... Die zweite Welle erfolgreicher Zentrumsbildung erfolgte auf der landgerichteten Seite: zunächst die Habsburger“ (Rokkan 2000: 183f.).

Wenn ergänzend noch die größere ethnische Heterogenität und die Zerschlagung früher Staatsbildungen im Osten einbezogen wird, kann die Dreiteilung der politischen Systembildungen in Europa erklärt werden: „Entwicklung von zentralistischen Nationalstaaten im ‚Westen‘, von föderalen Systemen im ‚Zentrum‘ und von Imperien im ‚Osten‘“ (Flora 2000b: 103).

Die schwache staatliche Organisationsstruktur im europäischen Städtegürtel und das Fehlen eines zentralisierten, tributfordernden Imperiums (Chase-Dunn und Hall 1997: 190) waren eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung des zunächst städtisch basierten Handelskapitalismus. Dadurch konnten sich im Westen monetäre Austauschbeziehungen durchsetzen, während die Landwirtschaft im Osten der dominante Wirtschaftszweig blieb: „Im Westen ermöglichte der große Aufschwung der Handelsaktivitäten den Zentrumsbildnern, Ressourcen in leicht konvertierbarer Währung zu extrahieren. Im Osten waren die Städte viel schwächere Partner und konnten daher auch nicht die zentrale Ressourcengrundlage für den Aufbau von Militärmaschinerien in den neuen Zentren an der Peripherie des alten Europa bieten. Die einzigen Alternativpartner waren hier die Besitzer von Land, und die Ressourcen, die sie bieten konnten, waren Nahrungsmittel und Arbeitskräfte“ (Rokkan 2000: 180).

Wallerstein (1986) betont, dass die relativen Nachteile Osteuropas (schwächere Städte, viele unbewirtschaftete Flächen, schwächere Territorialherren infolge der Invasion der Türken und Mongolen-Tataren) noch bis ins 15. Jahrhundert im Vergleich zu Westeuropa gering waren. Die anfänglichen minimalen Unterschiede wurden erst

durch die kapitalistische Entwicklung Westeuropas seit dem 15. Jahrhundert gezielt verstärkt: Osteuropa wurde auf die „Rolle des Rohstoffproduzenten für den sich industrialisierenden Westen“ reduziert (ebd. 125). Osteuropa spezialisierte sich auf den Export von Getreide, Holz und später Wolle. Damit wurde auch die Entwicklung neuer Organisationsformen von Arbeit unterbunden: Während sich in Westeuropa Arbeitsmärkte als zentrale Institutionen einer kapitalistischen Wirtschaft entwickelten, wurde die osteuropäische Wirtschaft auf landwirtschaftliche Zwangsarbeit für den Markt (*coerced cash-crop labor*) verwiesen. Dies gilt insbesondere für die polnische, weizenexportierende Wirtschaft. Diese agrarwirtschaftliche Spezialisierung versperrte zum einen den Weg in eine diversifizierte, auf hoher Wertschöpfung beruhende Wirtschaft und bestimmte zum anderen auch das Kräfteverhältnis zwischen städtischen Netzen und ländlichen Allianzen: Die Entwicklung eines städtischen Bürgertums wurde in der osteuropäischen Peripherie deutlich verzögert oder gar verhindert (Wallerstein 1986: 452).

Diese wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa dokumentierten sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in deutlichen, aber keinesfalls überwältigenden Unterschieden der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Maddison 2001). Erst mit der Durchsetzung industrieller Produktionsweisen auf dem Kontinent (insbesondere in Belgien und Deutschland) ändert sich dieses Bild grundlegend. Die osteuropäische Wirtschaftsleistung pro Einwohner sank bis 1870 auf 44 Prozent des westeuropäischen Werts und verharrte nahezu ein Jahrhundert etwa auf diesem Niveau. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzten die mittel- und osteuropäischen Länder auf eine nachholende, staatlich orchestrierte Industrialisierung in einem eigenständigen, von der Konkurrenz marktwirtschaftlich organisierter Länder weitgehend abgeschotteten Wirtschaftsraum. Diese merkantilistische Abschottung ermöglichte einem außerordentlich hohen Industrialisierungsgrad (vgl. Therborn 1995: 69). Insbesondere bei der Fertigung großer Stückzahlen bzw. Tonnagen im Bergbau, in der Strom-, Eisen- und Stahlerzeugung und im Investitionsgüterbereich wiesen die sozialistischen Betriebe besondere Stärken auf. Da der Übergang von dieser „extensiven“ Produktionsweise zu einer flexibleren, weniger umweltbelastenden und stärker dienstleistungs- und wissensbasierten Produktionsweise nicht gelang, fielen die sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas seit den 1970er Jahren gegenüber dem Westen wieder deutlich zurück. 1989 war der Versuch zum Aufbau eines eigenständigen, russisch dominierten Wirtschaftsraums endgültig gescheitert.

Festgehalten werden können vier historische Besonderheiten, die immer noch das mittel- und osteuropäische Städte- und Regionensystem prägen: Erstens der hohe Anteil der *landwirtschaftlichen Produktion*, der auf die einstige Rolle Osteuropas als Kornkammer Westeuropas verweist: Auch im Jahr 2000 waren in sechs der 13 Kandidatenländern mehr als ein Zehntel der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Zweitens die relativ gering entwickelten und hauptstadtzentrierten Städtesysteme: Die meisten mittel- und osteuropäischen Länder werden von *einer städtischen Agglomeration* beherrscht; polyzentrische Strukturen wie in Deutschland, der Schweiz, den Niederlanden und Italien konnten sich nicht entwickeln (vgl. jedoch zu Polen Gorzelak 1996). Drittens ist das teilweise beträchtliche Gewicht *ethnischer Minderheiten* festzuhalten – ein Erbe multiethnischer Imperien wie des Habsburgischen, Russischen und Osmani-

schen Reiches. Viertens entwickelte sich schon im 16. Jahrhundert eine innereuropäische Arbeitsteilung, in der Westeuropa eine zentrale und Osteuropa eine *periphere Stellung* einnahm. Dies dokumentiert sich in der Spezialisierung auf weniger wertschöpfungsintensive Produkte (zunächst landwirtschaftliche, nunmehr arbeits- und umweltintensive Industrieprodukte). Diese Besonderheiten sind in regionalen Institutionen, Kompetenzen und Identitätskonstruktionen, die auch die Entwicklung des erweiterten Europa vorstrukturieren werden, relativ dauerhaft verankert. Von einer „Enträumlichung des Sozialen“ kann daher keine Rede sein.

#### IV. Zusammenfassung und Ausblick: Die Europäische Union am Scheideweg

In einem Mehrebenensystem wie der Europäischen Union werden soziale Konflikte immer auch in territorialen Kategorien ausgetragen (vgl. Pierson und Leibfried 1998). Daher können regionale Ungleichheiten zu politischen Blockaden oder zu separatistischen Bestrebungen führen. Damit stellt sich die Frage, welche Auswirkungen das Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westeuropa für die Zukunft der EU haben kann. Die möglichen Auswirkungen können zwischen drei Polen verortet werden: Entweder können regionale Ungleichheiten zu einer gravierenden Beeinträchtigung der politischen Vertiefungsbestrebungen, zu erheblichen zusätzlichen Transferzahlungen oder zu einer Gefährdung weiterer Erweiterungsschritte führen.

Dieses Trilemma von Erweiterung, politischer Vertiefung und Budgetneutralität könnte nur vermieden werden, wenn sich einige der mittel- und osteuropäischen Regionen so dynamisch entwickeln, dass eine Polarisierung zwischen ost- und westeuropäischen Interessen durch eine rasche Angleichung an den Westen (*Konvergenz*) und durch eine Zunahme der individuellen, interregionalen und zwischenstaatlichen Unterschiede in Mittel- und Osteuropa (*Differenzierung*) unterlaufen wird. Trotz der etwas höheren mittel- und osteuropäischen Wachstumsraten seit der Wende ist in den nächsten Jahrzehnten keine Angleichung der ost- und westeuropäischen Wirtschaftsstrukturen und -leistungen zu erwarten. Für eine stärkere Differenzierung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Situation in den mittel- und osteuropäischen Länder und Regionen sprechen die Zunahme individueller Einkommensungleichheiten, die national unterschiedlichen Entwicklungspfade und die dynamische Entwicklung der Hauptstadtregionen. Altindustriell und agrarisch geprägte Regionen und Länder im Osten zählen hingegen zu den relativen Verlierern des Transformations- und Integrationsprozesses. Die mittel- und osteuropäischen Staaten und ihre (mit Ausnahme der Hauptstadtregionen) immer noch recht einheitlichen territorialen Interessen werden also die Zukunft der EU entscheidend mitprägen – etwa in Gestalt eines Europas der mehreren „Geschwindigkeiten“ (vgl. Vobruba 2003). Erst langfristig werden nationalstaatliche Interessendefinitionen durch individuelle und regionale Differenzierungsprozesse in den Hintergrund treten.

Abschließend wurde auf die historische Dimension der wirtschaftlichen und politischen Unterschiede in Europa hingewiesen. Die Dauerhaftigkeit der europäischen Zentrum-Peripherie-Beziehungen spricht gegen eine „Enträumlichung des Sozialen“ und

für eine nichtidentische, pfadabhängige Reproduktion sozio-territorial verankerter Abhängigkeitsbeziehungen.

Vor diesem Hintergrund wird sich die EU entscheiden müssen, ob sie sich in Richtung einer wirtschaftlich integrierten Freihandelszone, einer politisch integrierten Wohlstandsinsel oder einer sozialpolitisch integrierten Transferunion entwickeln möchte. Hierbei sind verschiedene Entwicklungen denkbar: Wenn im Rahmen des Verfassungskonvents und der anschließenden Regierungskonferenz (2003/4) keine grundlegende Reform der EU-Institutionen gelingt, werden die hier prognostizierten Verteilungskonflikte den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der EU spätestens bei den Verhandlungen über das EU-Budget 2007-13 massiv beeinträchtigen. Wenn weiterhin die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschlossen wird, dann spricht vieles für den erstgenannten Entwicklungspfad. Die Hoffnung, das Trilemma der EU-Erweiterung durch die Herausbildung einer politisch stärker integrierten Kern-, Pionier- bzw. Avantgardegruppe im Kontext einer vorrangig wirtschaftlich integrierten EU zu unterlaufen, könnte sich dabei leicht als Illusion erweisen, da eine solche „differenzierende Integration“ die Verbindlichkeit und den Zusammenhalt des bisherigen Institutionengefüges zusätzlich erodieren würde. Im Übrigen würde eine solche „variable Geometrie“ die jahrhundertealten Unterschiede zwischen einem westeuropäischen Kernbereich und einer mittel- und osteuropäischen Peripherie nur als Binnendifferenzierung innerhalb der EU reproduzieren – und damit die aus dem enormen Wohlstandsgefälle erwachsenen Konfliktpotenziale auf Dauer stellen.

Wenn es allerdings gelingen sollte, die bisherige Erweiterungsdynamik der EU (gegebenenfalls nach der Aufnahme einiger südosteuropäischer und alpiner Kleinstaaten) zu stoppen, dann könnte die allmähliche Konsolidierung der neuen Grenzen interne Strukturbildungs- und Vertiefungsprozesse ermöglichen. Gerade die Versuche, die enormen wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Ost- und Westeuropa durch Umverteilungs- und Modernisierungsprojekte und durch neue Abstimmungsverfahren zu entschärfen, könnten strukturbildend wirken, indem regionale Ungleichheiten langfristig in nichtterritorial definierte soziale Ungleichheiten transformiert werden. So könnte sich die EU in Richtung eines politisch stärker integrierten, staatenähnlichen Gebildes entwickeln.

Dies wird kaum ohne neue Formen der zwischenstaatlichen Solidarität möglich sein. Ein Ansatzpunkt für eine solche Solidarität könnte die dynamische Entwicklung der urbanen Dienstleistungszentren in Mitteleuropa sein: Die politische Flankierung nationaler und regionaler Ausbildungs-, Forschungs- und Innovationssysteme könnte eine Alternative zu den bisherigen, umverteilungsbasierten Formen sozialstaatlicher und europäischer Solidarität sein.

#### Literatur

- Anderson, Jeffrey J.*, 1998: Die „soziale Dimension“ der Strukturfonds: Springbrett oder Stolperstein? S. 155–195 in: *Stephan Leibfried* und *Paul Pierson* (Hg.): Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und europäischer Integration. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bach, Maurizio* (Hg.), 2000: Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der KZfSS. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Bach, Maurizio*, 2003: The Europeanization of Cleavages and the Emergence of a European Social Space, *Journal of European Social Policy* 13 (1): 50–54.
- Bachtler, John, Ruth Downes und Grzegorz Gorzela*, 2000: *Transition, Cohesion and Regional Policy in Central and Eastern Europe*. Aldershot u.a.: Ashgate.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke und Rolf Weiber*, 1994: *Multivariate Analyseverfahren. Eine anwendungsorientierte Einführung (siebte Auflage)*. Berlin u.a.: Springer.
- Beck, Ulrich*, 1999: Globalisierung als Unterscheidungsmerkmal der Zweiten Moderne. S. 535–549 in: *Gert Schmidt und Rainer Trinczek* (Hg.): *Globalisierung. Ökonomische und soziale Herausforderungen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Sonderband 13 der „Sozialen Welt“*. Baden-Baden: Nomos.
- Bartolini, Stefano*, 2000: Old and New Peripheries in the European Processes of Territorial Expansion. Florenz: Working Paper 2000/153 ([www.march.es/NUEVO/IJM/CEACS/PUBLICACIONES/WORKING%20PAPERS/2000\\_153.pdf](http://www.march.es/NUEVO/IJM/CEACS/PUBLICACIONES/WORKING%20PAPERS/2000_153.pdf); Abruf am 10.1.03).
- Bertram, Hans, und Clemens Dannenbeck*, 1990: Pluralisierung von Lebenslagen und Individualisierung von Lebensführungen. S. 207–229 in: *Peter A. Berger und Stefan Hradil* (Hg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Sonderband 7 der „Sozialen Welt“*. Göttingen: Schwartz.
- Blau, Peter M.*, 1977: *Inequality and Heterogeneity: A Primitive Theory of Social Structure*. New York: Free Press.
- Bornschier, Volker* (Hg.), 2000: *State Building in Europe. The Revitalization of Western European Integration*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Braudel, Fernand*, 1990: *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts (Band I: Der Alltag; Band II: Der Handel; Band III: Aufbruch zur Weltwirtschaft)*. München: Kindler.
- Chase-Dunn, Christopher, und Thomas D. Hall*, 1997: *Rise and Demise. Comparing World-Systems*. Boulder, Colorado: Westview.
- Dunford, Mike, und Adrian Smith*, 2000: Catching Up or Falling Behind? Economic Performance and Regional Trajectories in the „New Europe“, *Economic Geography* 76 (2): 169–195.
- Elster, Jon, Claus Offe und Ulrich K. Preuß*, 1998: *Institutional Design in Post-communist Societies: Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Europäische Kommission*, 2001: *Regionen: Statistisches Jahrbuch 2001*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen.
- Europäische Kommission*, 2002: *Regionen: Statistisches Jahrbuch 2002*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen.
- European Commission*, 1996: *First Report on Economic and Social Cohesion 1996. Preliminary Edition*. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.
- European Commission*, 2001: *Unity, Solidarity, Diversity for Europe, Its people and Its Territory, Second Report on Economic and Social Cohesion*. Luxemburg: [http://www.inforegio.cec.eu.int/wbdoc/docoffic/official/repor\\_en.htm](http://www.inforegio.cec.eu.int/wbdoc/docoffic/official/repor_en.htm).
- European Commission*, 2002a: *First Progress Report on Economic and Social Cohesion*. Brussels, COM(2002) 46 final.
- European Commission*, 2002b: *Statistical Yearbook on Candidate and South-East European Countries – Data 1996–2000*. Luxembourg. Office for Official Publications of the European Communities.
- Fassmann, Heinz* (Hg.), 1997: *Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Flora, Peter*, 2000a: Externe Grenzbildung und interne Strukturierung. Europa und seine Nationen. Eine Rokkan'sche Forschungsperspektive, *Berliner Journal für Soziologie* 2: 151–165.
- Flora, Peter*, 2000b: Einführung und Interpretation. S. 14–119 in: *Stein Rokkan: Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Förster, Michael, David Jesuit und Timothy Smeeding*, 2002: Regional Poverty and Income Inequality in Central and Eastern Europe: Evidence from the Luxembourg Income Study. LIS Working Paper No. 324 (<http://www.lisproject.org/publications/liswps/324.pdf>; Abruf am 23.12.02).
- Giddens, Anthony*, 1988: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Gorzela, Grzegorz, 1996: The Regional Dimension of Transformation in Central Europe. London u.a.: Kingsley.
- Heidenreich, Martin, 1998: The Changing System of European Cities and Regions, *European Planning Studies* 6 (3): 315–332.
- Held, David, 1999: The Territorial State and Global Politics. S. 49–86 in: *David Held, Anthony McGrew, David Goldblatt und Jonathan Perraton: Global Transformations*. Cambridge: Polity Press.
- Kielmansegg, Peter Graf, 1996: Integration und Demokratie. S. 47–71 in: *Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch* (Hg.): Europäische Integration. Opladen: Leske + Budrich.
- Kitschelt, Herbert, Zdenka Mansfeldova, Radoslaw Markowski und Gábor Tóka, 1999: Post-Communist Party Systems: Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Kreckel, Reinhard, 1992: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Lang, Kai-Olaf, 2001: Systemtransformation in Ostmitteleuropa: Eine erste Erfolgsbilanz, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 15: 13–21.
- Lippert, Barbara, 2003: Von Kopenhagen bis Kopenhagen. Eine erste Bilanz der EU-Erweiterungspolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2–3: 7–15.
- Löw, Martina, 2001: Raumsoziologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Band II. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Maddison, Angus, 2001: The World Economy: A Millennial Perspective. Paris: OECD.
- Mense-Petermann, Ursula, 2000: Institutioneller Wandel und wirtschaftliche Restrukturierung. Polnische und tschechische Betriebe im Transformationsprozeß. Würzburg: ERGON.
- Morin, Edgar, 1991: Europa denken. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Münch, Richard, 2001: Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pierson, Paul, und Stephan Leibfried, 1998: Mehrebenen-Politik und die Entwicklung des „Sozialen Europa“. S. 11–57 in: *Stephan Leibfried und Paul Pierson* (Hg.): Standort Europa. Europäische Sozialpolitik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reese-Schäfer, Walter, 1999: Supranationale oder transnationale Identität. Zwei Modelle kultureller Integration in Europa. S. 253–266 in: *Reinhold Viehoff und Rien T. Segers* (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rokkan, Stein, 1980: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, *Zeitschrift für Soziologie* 9 (2): 118–128.
- Rokkan, Stein, 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa (Hg. und Einleitung von *Peter Flora*). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rousseau, Jean-Jacques, 1998: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Stuttgart: Reclam (Original: *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes*, 1755).
- Sala-i-Martin, Xavier, 2002: The Disturbing ‚Rise‘ of Global Income Inequality. NBER Working Paper No. 8904 (<http://papers.nber.org/papers/w8904.pdf>; Abruf am 14.12.02).
- Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Schimmelfennig, Frank, 2001: The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union, *International Organization* 55 (1): 47–80.
- Sokol, Martin, 2001: Central and Eastern Europe a Decade After the Fall of State-socialism: Regional Dimensions of Transition Processes, *Regional Studies* 35 (7): 645–655.
- Stark, David, und László Bruszt, 1998: Postsocialist Pathways: Transforming Politics and Property in East Central Europe. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Therborn, Göran, 1995: European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945–2000. London: Sage.

- Tilly, Charles*, 1975: Reflections on the History of European State-making. S. 3–83 in: *Charles Tilly* (Hg.): The Formation of National States in Western Europe. Princeton: Princeton University Press.
- United Nations Development Programme*, 2002: Human Development Report 2002. Deepening Democracy in a Fragmented World. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Vobruba, Georg*, 2003: The Enlargement Crisis of the European Union: Limits of the Dialectics of Integration and Expansion, *Journal of European Social Policy* 13 (1): 35–49.
- Wallerstein, Immanuel*, 1986: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert. Frankfurt a.M.: Syndikat.
- Weber, Max*, 1972: Wirtschaft und Gesellschaft (Fünfte, von J. Winkelmann revidierte Studienausgabe). Tübingen: Mohr.
- Weidenfeld, Werner* (Hg.), 2001: Jenseits der EU-Erweiterung. Strategiepapier. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung (<http://www.cap.uni-muenchen.de/download/EUK-de.PDF>).
- Weise, Christian, John Bachtler, Ruth Downes, Irene McMaster und Kathleen Toepel*, 2001: The Impact of EU Enlargement on Cohesion. Final report. Berlin and Glasgow, March 2001 ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docgener/studies/pdf/enlarge.pdf](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/enlarge.pdf); Abruf am 16.3.2002).
- Wilderer, Mirka*, 2002: National Production Regimes in Post-Socialist Countries. The Case of the Czech Republic. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Williams, Allan M.*, und *Vladimir Balaz*, 1999: Transformation and Division in Central Europe. S. 163–185 in: *Ray Hudson und Allan M. Williams* (Hg.): Divided Europe. Society and Territory. London u.a.: Sage.
- Zündorf, Lutz*, 1997: Wirtschaftliche Schwerpunktbildungen in Europa. Eine langzeitliche und sozialräumliche Erklärungsskizze. S. 215–248 in: *Elmar Lange und Helmut Voelzkow* (Hg.): Räumliche Arbeitsteilung im Wandel. Marburg: Metropolis.
- Korrespondenzanschrift*: Prof. Dr. Martin Heidenreich, Fakultät Sozial- und Wirtschaftswiss., Universität Bamberg, Feldkirchenstr. 21, D-96045 Bamberg  
*E-Mail*: martin.heidenreich@sowi.uni-bamberg.de